

„Entrüstung ist zu wenig“



J.-E. Gutheil

Die dramatischen Ereignisse in Libyen und den anderen Mittelmeer-Anrainer-Staaten verlocken Politik wie Zivilgesellschaft zu Entrüstung und demonstrativen Handlungen. In der Regel richtet sich die Entrüstung an Dritte, dem barbarischen Geschehen Einhalt zu gebieten. Eigene Aktivitäten sind eher selten.

Dabei weiß jeder, dass die jetzt offenkundig gewordene Barbarei seit langem Realität ist und von der europäischen Staatengemeinschaft billigend in Kauf genommen wurde.

Es gibt zahllose Belege mit erdrückenden Hinweisen auf das Versagen der EU-Mitgliedstaaten angesichts der Flüchtlingsdramen im westlichen wie östlichen Mittelmeer und vor den Kanaren. Mit politischen Zugeständnissen, Millionentransfers oder Waffenlieferungen wurde das Wohlverhalten der Potentaten erkaufte, so dass sich M. Ghaddafi in diesen Tagen damit brüsten kann, die Flüchtlingsströme von Europa ferngehalten zu haben. Europa hat seine Grenzlinien schlicht auf den afrikanischen Kontinent vorverlegt und seine Dominanz durch Handelsbeschränkungen, subventionierte Exporte und technische Überlegenheit, wie z.B. im Fischfang, so gestaltet, dass die natürlichen Lebensgrundlagen in vielen afrikanischen Ländern nachhaltig zerstört sind. Die Menschen suchen nach Alternativen, um überleben zu können. Dabei nehmen sie jedes Risiko in Kauf und hoffen, die Grenzen, die sich ihnen in den Weg stellen, überwinden zu können. Für viele ist das ein tödliches Unternehmen.

Das alles ist längst bekannt und deshalb ist die gegenwärtige Entrüstung zu wenig. Natürlich brauchen die Flüchtlinge auf Malta und Lampedusa unsere Hilfe. Selbstverständlich muss Ländern wie Tunesien und Ägypten, die jetzt als Nachbarn die Hauptlast der Tragödie in Libyen tragen, Unterstützung gewährt werden. Aber reicht das, um das Gewissen in Europa zu beruhigen?

Nein! Was seit langem fehlt, ist ein nachhaltiges Konzept, politisch wie praktisch angesichts der täglichen Herausforderungen. Notwendig wäre eine Strategie, die die Flüchtlingsströme zumindest verlangsamt. Stoppen lassen werden sie sich nie! Den meist jungen Menschen in Afrika muss die Hoffnung zurückgegeben werden, in ihrer Heimat eine Zukunft zu haben. Dazu gehört auch, die Grenzen nach Europa durchlässig zu machen, um der organisierten Kriminalität die Geschäftsgrundlage im Menschenhandel zu entziehen.

Vor allem sind die Machthaber auf dem afrikanischen Kontinent politisch als das zu bewerten, was sie meist sind: Despoten, die ihr Volk hemmungslos knebeln und die Güter des Landes ausplündern. Wer mit ihnen Geschäfte macht und dabei verbindliche Konventionen bzw. das Völkerrecht außer Acht lässt, wirkt wenig überzeugend, wenn er sich heute entrüstet. Die europäische Flüchtlingspolitik und die sie flankierenden politischen Verabredungen sind gescheitert. Dublin II ist gleichbedeutend mit der Aufgabe einer gemeinsamen europäischen Verantwortung. Anstelle von Solidarität tritt die kalte Systematik, gemeinsame Probleme an die EU-Außengrenzen zu verlagern und die überforderten EU-Partner im Stich zu lassen. Denn auch FRONTEX wird nicht verhindern können, dass der Druck auf Europa weiter zunimmt, wenn sich in den Herkunftsländern der Flüchtlinge nicht Grundlegendes ändert.

Was jetzt möglich scheint, wäre eine Verlangsamung der Flüchtlingsströme, wenn gemeinsam und zielgerichtet gehandelt wird. Dazu müssen (Aus-)Bildungs- und Wirtschaftskonzepte vor Ort entwickelt und bilateral durchgesetzt werden. Der „vergessene Kontinent Afrika“ braucht Hilfe, denn die Flüchtlinge auf den seeuntauglichen Schaluppen sind nur die Sendboten einer viel größeren wirtschaftlichen, medizinischen, kulturellen und politischen Misere. Deshalb

sind die Finanzmittel, die jetzt zur Abschreckung und Abschottung eingesetzt werden, besser genutzt, wenn sie zum Aufbau handwerklicher und gewerblicher Betriebe verwendet, wenn Schulen und Krankenhäuser gebaut würden, um die dringend benötigten Arbeitsplätze zu schaffen. In diesem Kontext noch einmal die Überlegung anzustellen, das Projekt einer „zirkulären Migration“ weiter zu konkretisieren, könnte sinnvoll und hilfreich sein.

Die Flüchtlinge, die schon seit langem an den EU-Außengrenzen oder den Küsten der afrikanischen Mittelmeerländer vegetieren, brauchen dringend eine Perspektive. Als Modell könnte die kleine reformierte Gemeinde in Casablanca dienen, in der seit Jahren – mit Unterstützung aus Deutschland und Frankreich – Flüchtlinge aufgenommen und ausgebildet werden. Sie erwerben einen Schulabschluss, absolvieren eine Lehre oder finden Unterstützung bei der Ausübung eines kaufmännischen Gewerbes. Einige schaffen sogar einen Universitätsabschluss.

So kann eine Rückkehr mit aufrechtem Gang und ohne Gesichtsverlust vor der Familie im Herkunftsland gelingen. So können „Botschafter“ ausgebildet werden, die in ihrer Heimat mithelfen, ein Gemeinwesen aufzubauen, das die Träume von einer Flucht nach Europa überwindet.

Von besonderer Wichtigkeit sind diversifizierte Angebote für weibliche Flüchtlinge und Familien, die im Zusammenhang mit dem Thema Flucht und Migration oft in Vergessenheit geraten. Annähernd die Hälfte aller Flüchtlinge sind Frauen oder Mädchen. Oft sind sie auf den (jahre-)langen Fluchtwegen Opfer sexualisierter Gewalt. Viele fliehen vor traditionellen Ritualen wie der Genitalverstümmelung. Nicht wenige Mädchen und Frauen werden über internationale Schleuserringe „gehandelt und verkauft“.

Das sind wahrlich katastrophale Zustände, die auch in den Aufnahmelagern nicht zu Ende sind. Deshalb bedarf es qualifizierter medizinischer wie psychologischer Fachkräfte, um den weiblichen Flüchtlingen die notwendige Hilfe zuteil werden zu lassen. Die Kirchen in Europa wären mit ihren sozialdiakonischen Diensten aufgerufen, in den Aufnahmelagern tätig zu werden. Im Zusammenwirken mit den Partnerkirchen in Afrika könnten Aufklärungs- und Schutzprogramme entwickelt und durchgeführt werden.

Entrüstung ist zu wenig! Gerade angesichts der zahllosen namenlosen Toten, die mit ihrer Hoffnung auf ein Leben in Freiheit in den Fluten des Mittelmeers oder Atlantiks untergegangen sind. Ihrer zu gedenken und dies zu einem Kontrapunkt des „Tag des Flüchtlings“ europaweit zu machen, ist eine Herausforderung, die noch auf ihre Erfüllung wartet.

Jörn-Erik Gutheil
Landeskirchenrat i. R.
Düsseldorf, 10. März 2011